

Korrespondenzen.

L. Königsberg. (Gautagsbericht. Schluss.) Nach dem Berichte des Kassierers war der Bestand der Cassafte ultimo December 1883: 1951,81 Mk. Die Einnahme betrug an Mitgliederbeiträgen, Zinsen, Remuneration aus der Allgemeinen und 3. K. in Summa 2005,21 Mk., die Ausgabe 189,35 Mk., Bestand ultimo December 1884: 2115,86 Mk., mithin hat sich das Vermögen um 164,05 Mk. vermehrt. — Auf Antrag der vom Ortsverein Königsberg gewählten Rechnungs-Prüfungscommission wird dem Kassierer Decharge erteilt; die Bücher sind ordnungsmäßig geführt und nur in einem Falle die Ausgabe für eine Depesche, betr. fernere Mitgliedschaft eines Titlister Kollegen, bemängelt worden. — Der Antrag Kästt, den Gau Ostpreußen in drei bis fünf Bezirke einzuteilen, wird seitens des Delegierten dahin motiviert, daß dadurch der Gauvorstand entlastet, dann aber auch die Mitglieder näher zusammengeführt und der kollegiale Sinn gefördert werden würde. Der größere Teil der Delegierten und auch der Gauvorsteher verspricht sich von einer solchen Reorganisation nach Lage der einzelnen Städte nichts, befürchtet vielmehr eine erhebliche Steigerung der Ausgaben. Der Antrag wird hierauf von einem Delegierten Titlister zurückgezogen. — Der Beitrag zur Cassafte wurde wie bisher auf 5 Pf. pro Mitglied und Woche festgesetzt. — Zu der auf die Tagesordnung gestellten Beratung der Anträge zur Generalversammlung des U. B. und der 3. K. ging folgender Antrag ein: „Es wird beantragt, vorstehenden Punkt der Tagesordnung von der heutigen Beratung abzusetzen und dieselbe dem Ortsvereine Königsberg zu überlassen, jedoch mit dem Bemerkten, daß es den auswärtigen Delegierten unbenommen bleibt, zu irgend einem Punkte der Beratungsgegenstände zu sprechen event. Anträge zu stellen.“ Nach längerer Debatte wurde der Antrag angenommen. — Die nächste Hauptversammlung findet auch im fünftjährigen Jahre (Ostern) statt, entgegen einem Vorschlage, nur alle drei Jahre eine solche stattfinden zu lassen. Als Ort für dieselbe wird Königsberg vorgeschlagen und gewählt, gleichzeitig als Sitz des Gauvorstandes. Den auswärtigen Delegierten werden die Reisekosten für die 3. Klasse per Eisenbahn mit Retourbillet und 3 Mk. für jeden notwendigen halben resp. ganzen Tag bewilligt. Für das laufende Vereinsjahr werden wiederum dem Vorstände 100 Mk. zur Disposition gestellt. Im vergangenen Jahre sind aus demselben nur verausgabt worden: 10,65 Mk. für zwei Insterburger Kollegen, 20 Mk. für den Offenbacher Kollegen Elbert. An Remunerationen werden bewilligt: dem Gauvorsteher und Kassierer je 75 Mk., dem Schriftführer 30 Mk. Nach Erledigung der vorstehenden Punkte der Tagesordnung wird zum letzten derselben „Offene Fragen“ geschritten. In bezug auf § 2 des Statuts des U. B. wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es notwendig sei, bei der Aufnahme neuer Mitglieder vorstehend zu handeln, um nicht später Unterstützungen bewahren zu müssen, deren Wert in Hinsicht auf die Person angezweifelt werden dürfte und wodurch Ersparnisse herbeigeführt würden, die im Interesse des Vermögensstandes der Allgemeinen Cassafte zu wünschen seien. Der Gauvorsteher erwidert, daß mit dieser Angelegenheit die Generalversammlung in Berlin sich zu beschäftigen haben werde. Es wurde ferner der Wunsch ausgesprochen, und hierzu der Antrag gestellt, daß zur Aufnahme sich meldende Neuausgewählte mit 3 Mk. unterm ortsüblichen Minimum zur Aufnahme berücksichtigt werden möchten und 9 Mk. bei freier Station in der Provinz erst als tarifmäßig angenommen werden sollen. Der Antrag wurde unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse abgelehnt. Es wurde ferner der Wunsch ausgesprochen, bei der Generalversammlung in Berlin der Gründung einer Witwenkasse seitens des betreffenden Delegierten Sympathie entgegenzubringen, obgleich von gegnerischer Seite geltend gemacht wurde, daß es die erste Aufgabe eines Gewerbevereins sei, für seine Mitglieder zu sorgen und daß es unsre nächste Aufgabe sei, die Bestrebungen auf dem Gebiete des Verkehrs zu fördern. Schließlich machte der Gauvorsteher der Versammlung noch die Mitteilung, daß bei der bevorstehenden Generalversammlung Ostpreußen zwar das Recht zustehe, zwei Delegierte zu entsenden, die Hauptversammlung jedoch hierüber beschließen möge. Nach kurzer Debatte spricht sich

die Versammlung dahin aus, daß die Vertretung Ostpreußens durch einen Delegierten in Rücksicht auf Ersparnisgründe zu empfehlen sei, über das Statthafte der Verzichtleistung jedoch noch die Ansicht des Hauptvorstandes einzuholen für wünschenswert erachte. Nach einem Resumé seitens des Vorsitzenden schließt derselbe abends 7¹/₂ Uhr die 16. Hauptversammlung mit einem Hoch auf den U. B. D. B. Den Schluß des Abends bildete das 22jährige Stiftungsfest der Typographia, welches Delegierte und Königsberger Mitglieder mit ihren Angehörigen noch lange beisammen hielt.

† **Vom Niederrhein,** im Mai. Das Projekt der Zentral-Witwen- resp. Versicherungscasse, welches auch die nächste Generalversammlung wieder und wahrscheinlich noch mehrere dergleichen beschäftigen wird, scheint noch nicht diejenige Beachtung zu finden, welche nötig ist, um dasselbe seiner Verwirklichung entgegenzuführen. Es werden zwar hier und da Stimmen laut, die die Notwendigkeit einer derartigen Versicherung anerkennen und die Lösung der Frage einem baldigen Ende entgegengeführt wünschen, allein in der Masse der Gegner und in dem überfüllten Wunschzettel der beiden Generalversammlungen verflingen dergleichen Stimmen. Und warum? Erstens weil größere Druckstädte entweder mit einer dergleichen Institution versorgt sind oder aber mit derselben schlimme Erfahrungen gemacht haben. Dann aber lamentieren andere von der Durchlöcherung des Gewerkevereinsprinzips, ohne zu gesehen, daß eine Kranken- oder eine Invalidencasse streng genommen ebenso wenig in den Rahmen eines Gewerkevereins hineingehören, aber, wie wir sehen, doch hineinzupassen sind, und gehen bei diesen Deklamationen von dem Standpunkt aus, daß die Arbeiter resp. Mitglieder eines Gewerkevereins den letztern nicht, wenn auch indirekt, zur Unterstützung ihrer Angehörigen, noch weniger aber der nach dem Tode der Mitglieder Hinterbliebenen benutzen, sondern ihn nur mit der Lohnfrage und der Regelung des Arbeitsmarktes und Arbeitspreises und -zeit z. beschaftigen dürfen, was ja auch gar nicht zu bekämpfen, sondern sogar sehr wünschenswert ist. Nur wird dabei vergessen, daß man die Mitglieder nicht hat wie sie sein sollen, sondern nehmen muß wie sie sind, daß die Abhängigkeit der Arbeiter aber noch immer und auch für die nächste Zukunft eine große Rolle spielen wird und daß die Mitglieder des U. B. eben von jeher gezwungen waren, ihr Versicherungswesen mit dem Gewerbevereine zu verbinden, wollten sie den letztern auf die heutige Höhe bringen und daß mit einem weitem Ausbau des Gewerkevereins auch jetzt noch der weitere Ausbau des Versicherungswesens Hand in Hand gehen muß und dabei doch die Mitglieder als Gewerkevereinsmitglieder ausgebildet und erzogen werden müssen, ohne in den Fehler zu verfallen, das letztere über dem erstern zu vernachlässigen, was der U. B. bis jetzt auch immer eingehalten hat, wenn auch abwechselnd das eine oder andre mehr an die Oberfläche trat. Die schlimmen Erfahrungen, die mehrerorts mit Witwen- und Waisenkassen gemacht wurden, wären und sind auch dazu geeignet, jedem, der sich im Hinblick auf diese mit dem obigen Projekte befaßt, ein gelindes Gruseln beizubringen, zu träumen von immens hohen Steuern, arnselfigen wöchentlichen Unterstützungen und dabei im Hintergrunde vom Gespenste des Defizits, welche Uebelstände den jungen Mitgliedern für den Bedürfnisfall nicht die geringste Garantie bieten. Und gerade diese Auffassung, die mitunter mit einer bewundernswerten Ausdauer verfolgt und des näheren und weitern erläutert wird, ist der Hauptagitation gegen das Projekt. Und doch wird heute, nachdem man sich größtenteils mit den Ausführungen des Artikels „Ein weiterer Beitrag zur Generalversammlung“ in Nr. 53 des Corr. 1882 einverstanden erklärt hat, wohl keiner der Befürworter des erwähnten Projektes an eine solche lebens- und sterbensunfähige „Witwenkasse“ mit ihren Mängeln und ohne alle rechtmäßige Grundlage denken, sondern auf die Errichtung der sogenannten Versicherungscasse, die jedem, gleichviel ob ledig oder verheiratet, anfangs weniger, später nach abgestufter Dauer der Mitgliedschaft mehr Unterstützung für seine Familie oder sonstige Angehörige, eigentlich weiter nichts als ein Sterbegeld nach unseren heutigen Begriffen, zurpricht, lossteuern. Und das ist für manchen ein so ungeheuerlicher Begriff, daß er es gar nicht fassen kann, wie man dem Gewerkevereine der Buchdrucker eine solche Bürde, unter der

das sonst in allen Variationen als stolz und unerreicht dahinstehend gepriesene Gebäude zusammenbrechen muß, aufhalten kann. Aber doch will man mit einem hohen Sterbegelde teilweise das erreichen, was die Befürworter der Versicherungscasse eigentlich gründlicher vollführen und womit sie den Mitgliedern eine Sorge abnehmen wollen, wodurch diese befähigt werden, mit desto mehr Mut und desto mehr Arbeitsfreudigkeit für die reinen Prinzipien des Gewerkevereins eintreten zu können. Aber wie Rom nicht an einem Tag erbaut ist, so läßt sich auch ein Vorurteil, das durch Vergleiche mit wenig empfehlenswerten Einrichtungen, durch die aus letzteren resultierenden abstoßenden Erfahrungen und durch eine gewisse Teilnahmslosigkeit derjenigen, die in dieser Beziehung versorgt zu sein glauben oder befürchten, daß man schon wieder einer lokalen Einrichtung zu Liebe gehen will, groß gezogen und noch mehr von demjenigen, die eine Steuererhöhung wie den Tod scheuen, genährt wird, schwer bekämpfen und nur langsam besiegen. Mit Mühe konnte in der Generalversammlung in Stuttgart der beinahe nichtsagende Beschluß durchgesetzt werden: „Der Vorstand möge die Errichtung einer Versicherungscasse im Auge behalten.“ Ja, er hat sie im Auge behalten und aus der Rede des Vorsitzenden des U. B. beim Gautag in Heidelberg läßt sich schließen, daß er auch dafür eintreten wird, daß die kommende Generalversammlung wieder einen Beschluß faßt, der uns auf dem betretenen Wege — stehen läßt. Und gerade dieses und der Umstand, daß aus den Kreisen der ersten Anlaggeber dieses Antrages kein Mitglied die Zeit zu finden scheint, etwas mehr für diesen Zweig der Versicherung in unserm Organ einzutreten, ist es, der uns trotz der knapp bemessenen freien Zeit die Feder zu diesen Auseinandersetzungen in die Hand drückt. Wir sind sogar der Ansicht, daß es unbedingt notwendig ist, daß die Berliner Generalversammlung in dieser Sache einen bedeutenden Schritt vorwärts macht und daß ein noch-maliges Vertragen eines positiven Ergebnisses der Verhandlungen sich schwer rächen würde. — Ja, wie denken Sie sich denn den ersten Schritt zur Lösung dieser Angelegenheit? wird man fragen. Ungefähr so: Es muß in erster Linie in unserm Interesse liegen, dieses Projekt nur vom Standpunkte des U. B. aus zu betrachten und danach unsere ersten und unsere letzten Schritte einzurichten. Noch sind wir glücklicherweise in der Lage, unsere Unterstützungscassen nur denen offen zu halten, die auch mit uns auf dem Boden des Gewerkevereinsprinzips stehen. So lange wir dieß ungehindert durch „höhere“ Gewalt können, wäre es nach unserm Ueberzeugung eine Zerbrückelung der Organisation, wollten wir durch eine Trennung unsers Unterstützungswesens vom Gewerbevereine nur demjenigen entgegenkommen, die nur die Klassen zu benutzen belieben, die sie soweit berechenbar einmal nötig haben. Wollten wir uns auf dieses egoistische Versicherungssystem einlassen, so könnten wir auf Humanität in unserer ganzen Organisation keinen Anspruch mehr machen, und würden es keinem der „Versicherten“ vertragen können, wenn er auf seine „Police“ soviel als möglich herauszuschlagen und so wenig als möglich einzuzahlen sucht. Wenn auch heutzutage solche Fälle vorkommen, so können wir uns im allgemeinen doch Glück wünschen, daß unser ganzes System noch auf dem felsenfesten Grunde „Einer für alle, alle für einen“ beruht und die Allgemeine Cassafte größtenteils durch diesen Grundsatz hoch gehalten wird. Dieses im Auge behalten, kommen wir zum ersten Schritt in der Versicherungsfrage, der, erst einmal ausgeführt, uns sicher auf der betretenen Bahn zum Ziele führen wird. Die Allgemeine Cassafte übernimmt für die Zukunft die Ausbezahlung des Sterbegeldes für alle Mitglieder des U. B. D. B. Zu diesem Zwecke wird der Beitrag zur Allgemeinen Cassafte um 5 Pf. pro Mitglied und Woche erhöht, welche Erhöhung event. auch getrennt verrechnet werden kann, um demjenigen Einwendungen zu begegnen, die da sagen, die Allgemeine Cassafte würde auf diese Weise zu Ungunsten des Gewerkevereins ruiniert. Nehmen wir die seit dem Jahr 1881 höchste Summe des Sterbegeldes vom Jahr 1884, also 14552 Mk. rund 15000 Mk., so werden wir diese Summe vorläufig mit den 5 Pf. bestreiten und noch etwas erübrigen können, sodas mit den Jahren eine Erhöhung dieses Sterbegeldes je nach der Dauer der Mitgliedschaft eintreten kann. Es ist auf diese Weise prinzipiell die Versicherungscasse ins Leben gerufen und kann je nach unseren

Mitteln und Bedürfnissen ausgebaut werden. Allerdings ein bescheidener Anfang: ein Sterbegeld von 100 resp. 50 Mk. und manches Jahr dürfte an uns vorübergehen, ehe wir auf die seinerzeit genannte Summe von 1000 Mk. kommen werden. Wir haben aber das Problem zu lösen begonnen und dabei auch noch andere Vorteile für unsern Gewerbeverein im Auge, die jedes halbwegs erfahrene Vereinsmitglied zu würdigen wissen wird. — Es erübrigt noch bei dieser Gelegenheit, auf den Antrag Eissen zur Tagesordnung der Generalversammlung der Z. K. K., Streichung des § 14, einzugehen. Durch vorstehende Ausführungen dürfte wohl jedem Feiler der Zweck dieses Antrags klar geworden sein. Denn auf zwei Seiten haben wir ein und dieselbe Unterfützung nicht nötig. Auch das Gesetz dürfte uns in diesem Falle nicht im Wege stehen, da der § 6 des Gesetzes vom 15. Juli 1883, der auch die notwendigen Leistungen der freien Hilfskassen vorschreibt, von einem Sterbegelde nicht spricht. Sollten hierin demnach Schwierigkeiten entstehen, dann möge man das Sterbegeld so niedrig stellen, daß es wirklich zum Sterben zu wenig ist. Den jetzigen Mitgliedern der Z. K. K., die dem Gewerbeverein nicht angehören, kann, wenn von der Behörde verlangt, das jetzige Sterbegeld zugesichert bleiben, während die anderen Mitglieder ein Äquivalent in der Allgemeinen Kasse haben. Auf diese Weise wäre eine Steuererhöhung in der Z. K. K. ausgeschlossen, event. könnte später eine Ermäßigung des Beitrags zu Gunsten der Allgem. Kasse zu dem genannten Zweck eintreten. Soweit wollten wir nur in kurzen Umrissen die Lösung des Problems einer „Versicherungskasse für die Mitglieder des U. V. D. B.“ zeichnen und den Mitgliedern, besonders aber den Delegierten zu beiden Generalversammlungen zur Begutachtung und Kritik vorlegen, noch nebenbei bemerkend, daß wir uns für eine „Witwen- und Waisenkasse“ nach den Mustern der alten untauglichen und ungerechten Ueberlieferungen mit der wöchentlichen Unterfützung durchaus nicht erwärmen können und einer solchen „Gründung“ selbst unsre Zustimmung verweigern würden. Die Delegierten mögen aber wohl bedenken, daß es in der kommenden Generalversammlung noch möglich und zweckmäßig sein wird, den § 14 des Statuts der Z. K. K. zu streichen, daß der U. V. daraus Vorteile ziehen wird, wenn er in dieser Weise die Steuererhöhung und die Begahlung des Sterbegeldes übernimmt, daß es aber sehr fraglich ist, ob über drei Jahre eine solche für den U. V. günstige Regelung der Angelegenheit im Bereiche der Möglichkeit liegt.

S. Aus Oesterreich, Mitte Mai. In unsern österreichischen Kollegentreisen scheint man seit neuerer Zeit wieder eine besondere Vorliebe zur Uneinigkeit zu hegen, denn sonst könnten, wenn man den Wahrspruch „Einer für alle und alle für einen“ nur einigermaßen beherzigen möchte, nicht solche Unzulänglichkeiten und Mißstände platzgreifen, die zur Unruhe und zur Aufregung Anlaß geben. Da ist es vor allem der Salzburger Verein, der betr. der Nichterhaltung der Buchdruckertagsbeschlüsse eine Ausnahme von sämtlichen österreichischen Vereinen macht, indem er sich beharrlich weigert, den Vorwärts obligatorisch einzuführen. Bis heute haben infolgedessen bereits acht Vereine die Gegenseitigkeit mit demselben ausgepöbeln. Mag man es einerseits auch als einen Zwang ansehen, einem Unterstützungsverein ein Fachblatt aufzudrängen, so handelt es sich ja doch andererseits um einen von Gehilfenvertretern fast einstimmig gefassten Beschluß in der Absicht, das Interesse der Mitglieder, das leider in Oesterreich in mancher Beziehung zu wünschen übrig läßt, mehr zu heben, um endlich einmal, was allerdings noch sehr ferne liegt, einen Verband, eine Gesamtorganisation anzustreben. Aber in Salzburg denkt man jedenfalls, die Gesetze (die übrigens von uns selbst gemacht sind) sind nur da, um nicht gehalten zu werden. Kein anderer Verein hat sich ausgeschlossen, ja selbst der Innsbrucker Verein, der beim letzten Buchdruckertage nicht vertreten war, hat kurze Zeit darauf den Wert dieses Beschlusses anerkannt und den Vorwärts seinen sämtlichen Mitgliedern überwiesen. — In Laibach, von wo man erst beim vorigen Buchdruckertage das erfreuliche Wiedervereinigen unserer Kollegen, die sich infolge einer Mißhelligkeit zwischen den deutschen und slowenischen Kollegen gespalten hatten, berichten konnte, ist neuerdings ein Streit entstanden. Es wurde dort nämlich ein Steindrucker in den Verein aufgenommen, trotzdem daß sich die Buchdruckertage in Wien und Prag dahin ausgesprochen haben, keinen Steindrucker mehr in unsern Verein aufzunehmen, der nicht schon vor dem Jahr 1883 einem solchen angehört hat. Der heuer neuwahlte Ausschuss annullierte jedoch die Aufnahme, infolgedessen wieder Auseinandersetzungen zwischen dem früheren und jetzigen Aus-

schuß entstanden, andernteils sich aber der aufgenommene und später wieder aus dem Vereine gebrachte Steindrucker beschwerte. Der Vorwärts brachte in Vorschlag, die infolge Unkenntnis des früheren Ausschusses beschlossene Aufnahme des Betreffenden zu bestätigen und dies einem Mißverständnisse zuzuschreiben, allein es scheint diese Angelegenheit bis heute ihren Ausgang noch nicht gefunden zu haben. — Auch im Zentralvereine Böhmens ist wieder eine unliebsame Bewegung im Gange, die sehr dem früheren Laibacher Nationalitätenbader gleicht, sogar die Tagespresse hat sich hinein gemengt, aber nicht um den Streit zu beschwichtigen, sondern den Haß der Deutschen gegen die Böhmen zu fördern. Hauptsächlich haben unsere deutschsprechenden Kollegen mehr Einsicht und lassen sich von den „arbeiterfreundlichen“ Blättern, die ihre Arbeiter mit Hungerlöhnen abspeisen, nicht dirigieren. — In Oberösterreich, dem Sitz unser „obersten Gerichtshofes“, nämlich des Buchdruckertags-Komitees, ist auch ein Streit zwischen den Mitgliedern der Zentrale und den Sektionen entstanden, der sich schon seit Februar im Fachblatt Vorwärts in unliebsamer Weise fortspinn, indem sich die Sektionsmitglieder dagegen auflehnen, daß sie seit neuerer Zeit mit dem Beiträge der Zentrale gleichgestellt sind, also um 5 Kr. pro Woche und Mitglied mehr zahlen müssen. Eine von den Sektionsmitgliedern einberufene Generalversammlung behufs Herabsetzung des Vereinsbeitrages entschied zu ihrem Ungunsten. Trotzdem dürfte auch diese Angelegenheit ihren Abschluß noch nicht gefunden haben, wie die immer fortlaufenden Korrespondenzen im Vorwärts schließen lassen. — Auch aus Innsbruck erfahren wir sehr unangenehme Auftritte bezüglich des dortigen Vereins; es wurde dieselbst in letzter Generalversammlung ein eigentümlicher Beschluß gefaßt, den ich hier wiedergeben will, nämlich: „Die Redaktion des Vorwärts zu ersuchen, das Vereinswesen betreffende Einsendungen nur dann aufzunehmen, wenn der Einsender auch seinen vollen Namen im Blatt unterzeichne.“ Eine angeblich unwahre Korrespondenz, die aber bis heute noch nicht widerlegt wurde, soll Anlaß zu diesem Antrage gegeben haben. Jedenfalls ist es in Innsbruck wie in Salzburg, wo jeder, der sich der „Vereinsmeierei“ zu sehr hingibt, wenn auch nicht aus dem Verein ausgeschlossen, aber doch aus dem Geschäft entlassen wird. Wirklich recht nette Zustände! — Vom niederösterreichischen Verein in Wien haben wir auch keine erfreulichen Nachrichten zu bringen, neben stürmischen Versammlungen gibt es immer Parteikämpfe, denn „viel Köpfe, viel Sinne!“ Uebrigens ist auch der horrende Wochenbeitrag von 80 Kr. nicht dazu angethan, die manchemal sehr mißgestimmte Laune der Mitglieder zu dämpfen, da derselbe durchaus dem Verdienste, der sich manchemal sogar bis zu 4 fl. pro Woche reduziert, nicht entspricht. — Zwischen den Steiermärker und Hermannstädter Vereinen herrscht ein Streit wegen Verletzung der Gegenseitigkeitsbedingungen, dem sich auch bereits andere Vereine, namentlich der niederösterreichische angegeschlossen haben, weil nämlich der Hermannstädter Verein Mitglieder anderer Vereine nur dann aufnimmt, wenn sie ein neues Zeugnis ihrer vollständigen Gesundheit beibringen. — Vom schlesischen Verein in Troppau hört man gar nichts. Die dortigen Kollegen scheinen sich von sämtlichen österreichischen in der vorliegenden Lage zu befinden und die dortigen Verhältnisse müssen wirklich nichts zu wünschen übrig lassen! Oder sind selbe so bestellt, daß man sich nicht in die Densitität damit wagt? — Wirklich traurige, aber wahre Bilder der Gegenwart, sie erinnern uns an vorfindstliche Zustände resp. Konfurrenzen mit russischen Verhältnissen. Dabei hört man in jeder Versammlung von Fortbildung, von Humanität und Allgemeinheit, von Gleichstellung und Verbrüderung sprechen — leider werden diese Schlagworte nur im Munde geführt oder stehen höchstens noch auf dem Papiere, sind in Wirklichkeit aber tief unter der Erde vergarben! Sind das die „Segnungen der Buchdruckertage“ oder will man sich durch solche hochsprichenden Vorfälle einen „allgemeinen Ruhm“ (eigentlich Ruhm) verschaffen! Doch genug für heute, in meinem demnächstigen Berichte einiges über die allgemeinen Verhältnisse.

P. Sch. Wildbad. In Nr. 51 d. Bl. verjucht ein -d-Korrespondent den Gantagsbericht aus Württemberg zu desabouieren. Inwiefern dies im allgemeinen ihm gelungen ist muß ich dahingestellt sein lassen. Was er aber von Wildbad behauptet, ist zum mindesten übertrieben. Wenn auch im genannten Geschäfte gerade nicht alles so ist, wie es von Tariffs wegen sein soll, so darf man im Vergleiche zu anderen kleineren Offizinen wohl zufrieden sein, besonders noch wenn man weiß wie sehr durch eine „noble“ Konkurrenz, durch das Jolliertein Wildbads (es hat eine ortsräume Umgebung) u. f. w. die Ge-

schaftsverhältnisse im Argen liegen. Herr Kaufmann Biorheim fällt in seinem Referat über Wildbad ein günstiges Urteil und — dabei gibt er nur der Wahrheit Zeugnis. Meine Stellung und der Tarif können sich ganz gut mit einander vertragen. Salar gibt Herr W. bei zufriedenstellender freier Situation (mit unbedingtem Beser und Logis) near Mark; tüchtige Kräfte werden bei Herrn W. im Sommer stets honoriert. Gewisse Umstände machen während der Badefaison allerdings eine 11 stündige Arbeitszeit notwendig; wer jedoch die allgemeinen Verhältnisse in kleinen Offizinen kennt, weiß auch, daß es in solchen „gewisse Momente“ gibt, die einer „Zielta“ auf ein Haar ähnlich sehen — und man dann ein Facit, so zählt gerade diese „Sünde gegen den Tarif“ nicht zu den sieben Haupt- und Tobhänden. Daß bei Herrn W. nach dem Mittageffen sofort wieder weitergearbeitet wird, davon ist mir nichts bekannt. — Herr W. hat auch schon im Winter bei flauen Geschäftsgänge Gehilfen beschäftigt, wie er auch kein Freund der Bebrlinge ist; man trifft hier durchschnittlich nur 1 Bebrlinge während im Sommer schon drei Gehilfen engagiert waren. Alles in allem sind die Verhältnisse in der W. schen Druckerei lange nicht so düsterer Natur wie die der -d-Korrespondent schildert; im Gegenteil würde der Besitzer dieser Offizin manches zu Gunsten des Tariffs noch thun, wenn es die hiesigen heiteren Zustände, welche ich nebenbei in Folgendem zeichnen will, erlauben würden. — Herr W. gibt seit 20 Jahren ein Lokalblatt, die „Wildbader Chronik“, heraus, das infolge der isolierten Lage Wildbads auch ein Lokalblatt bei selbstredend bescheidener Auflage geblieben ist. Annoncen und ein jährl. (allerdings geringes) Hirum von 100 Mark für die städtischen (amtlichen) Anzeigen machten das Blatt immer noch lebensfähig. Da vor ungefähr Jahresfrist wurde der langjährige Konkurrent, Herr Hofmann, sein Zeichenmuster und engagiert bei der hiesigen Kapelle, von einem „guten Geiße“ erländert und der Geiße jagte zu ihm: „Sohn der Frau Musika — Finger Gutenbergs! Du sollst einem immer fähbarer werdenden Bedürfnis abhelfen. Wildbad wird Weltbad; verbreite diese freudige Kunde nach allen Zonen durch ein zweites Lokalblatt.“ Nach beendeter Vision beschloß unser Musensohn die von dem „guten Geiße“ erhaltene Mission und er fand sie gut. Der Geiße aber that — wie weiland bei den Aposteln — auch bei H. Wunder: denn bald fährte er (H.) als Zeug als Journalist in sich und gründete den Wildbader Anzeiger, „Amtliches Organ für die Stadt Wildbad“, ein Blatt, das, nebenbei bemerkt, in seinem redaktionellen Teile vom guten Geiße inspiriert zu sein scheint; ein Sammelhirum und Mißgeschick von Mordthaten und Totschlägen, Synagogengeschichten und Abenteuern, Schauerromane und Poesie, erinnert es an den Krumb. Boten, der ebenfalls an leitender Stelle mit der Vertilgung der Felsmäule begann. Dieses „Organ“ hat es jetzt auf ganze 175 Abonnenten gebracht, ist also vollständig noch nicht mächtig genug, den Weistraf Wildbads zu verbreiten. Trotzdem dieses „Organ“ unter solchen Umständen ein Besitz aufweisen muß, gibt sein Gründer so weit, bei der Submissions-Verhandlung den Vätern der Stadt ungefähr folgendes zu erklären: „Die Chronik erhält selber aus dem Gemeindefaßel jährlich 100 Mk. für Cure amtlichen Bekanntmachungen; wenn Ihr mir letztere zurück der Chronik selbe aber entzogen werden, so beantrage ich nicht bloß keine Entschädigung, sondern ich zahle Euch noch fünf Mk. zu!“ Und hebe! Die Vätern der Stadt besahen sich den Fall, und je länger sie ihn besahen, desto mehr fanden sie Gefallen an ihm (ist auch ganz natürlich in unser Zeitraube Zeit) und sie gewährten huldvollst die Bitte. Und hat Herr H. die Preise für die sonstigen Annoncen auf ein Minimum heruntergedrückt, das seinesgleichen sucht. So steht es hier mit dem Zeitungswesen. Was die amtliche Wadelleiste betrifft, so wird dieselbe in der W. schen Offizin hergestellt; Subvention wird nicht gewährt, das Blatt lebt nur vom Abonnement, von der Kollportage und Annoncen. Komme ich auch noch auf die Accidenzarbeiten, so steht es hier ebenso traurig aus; die Konkurrenz — es macht bei außer dem Genannten auch noch ein Handelsmann in typographischen Geschäften — läßt eine Preisberechnung nach dem Tarife gar nicht zu; so z. B. liefert H. das Ries Tabellen mit Querzig, wormaliger Druck für 12 Mark u. f. w. — Das sah wahrheitsgetreu gefehbert, die Zustände, unter denen der leistungsfähige, für sein Geschäft schon schwer Opfer gebracht habende Fachmann leidet und ihm nicht erlauben, jedem Talschen des Tariffs nachzukommen. Schließlich will ich noch bemerken, daß bei Herrn Hofmann sechs Mk. wöchentliches Salar gezahlt werden; Arbeitszeit mir nicht bekannt, aber wahrscheinlich unbeschränkt.